

Mitgliederbegehren SWIFT-Aussetzung

Initiatoren: Lasse Becker, Dennis Schmidt-Bordemann und mehr als 300 weitere Freie Demokraten

Wir bitten den Bundesvorstand um die dringliche Befassung mit dem folgenden Antrag unsere Mitgliederbegehrens gemäß § 21b der Bundessatzung:

Der Bundesvorstand möge beschließen:

Die FDP setzt sich für klare und harte Sanktionen als Reaktion auf Putins Angriffskrieg auf die Ukraine ein. Wir stehen an der Seite der Menschen in der Ukraine, die heute für europäische Werte, für Freiheit, Demokratie und Selbstbestimmung unter akuter Gefahr für Leib und Leben kämpfen. Wir stehen an der Seite der Menschen in Russland, die unter Gefahr für ihre Freiheit und Unversehrtheit gegen diesen verbrecherischen Angriffskrieg auf die Straße gehen.

Das Regime Putins hat sich gegen die internationale Gemeinschaft und das Recht der Völker gestellt. Dem muss die Europäische Union in ihrem Handeln umfassend entgegentreten, das Regime wo immer möglich aus ihrer Gemeinschaft ausschließen und harte Sanktionen durchsetzen.

Für die FDP ist hier unter anderem die Aussetzung des SWIFT-Zahlungsverkehrs für Russland ein zwingender Schritt. Es ist nicht hinnehmbar, dass Deutschland sich innerhalb der Europäischen Union gegen den vorläufigen Ausschluss Russlands aus dem System des internationalen Zahlungsverkehrs ausspricht.

Der Bundesvorstand unterstützt daher die Mitglieder der Bundesregierung der Freien Demokratischen Partei dabei, eine entsprechend klare und deutliche Positionierung der Bundesregierung herbeizuführen. Sollte dies nicht durchsetzbar sein, wird der Bundesvorstand einen außerordentlichen Bundesparteitag zur Beratung dieser Frage einladen.

Begründung:

Dass sich am 24.2.2022 der deutsche Bundeskanzler gegen die Aussetzung von SWIFT positioniert hat, ist ein kapitaler außenpolitischer Fehler. Als Reaktion auf Putins Angriffskrieg bedarf es einer klaren gemeinsamen Position des Westens, die auch harte Sanktionen umfasst. Der Ausschluss aus dem SWIFT-System ist dabei nach Ansicht vieler Experten das schärfste Schwert der europäischen und globalen demokratischen Wertegemeinschaft. Angesichts der massiven Eskalation durch Putin ist es Zeit, dieses zu ziehen.

Weder ausstehende Schulden russischer Banken gegenüber europäischen Instituten noch mögliche, kurzfristige Einschränkungen bei der Bezahlung russischer Gas- und Ölimport können angesichts der Ungeheuerlichkeit dieses Angriffskrieges einen Verzicht auf diese Maßnahme rechtfertigen. Die langfristigen ideellen und materiellen Kosten einer inadäquaten Reaktion auf den Angriffskrieg Putins sind unvergleichlich höher.

Mögliche soziale Folgen dieser Entscheidung können und müssen ggf. durch die EU und die Bundesregierung abgedeckt werden.

Auch wenn Russland im Falle einer Aussetzung von SWIFT ein eigenes System nutzen würde, kann dies nicht als Argument gegen eine solche Sanktion dienen. Es liegt in der Natur von Sanktionen, dass das betroffene Regime Ausweichversuche unternimmt. Genau deshalb sollten sie möglichst weitgehend und umfassend beschlossen werden.

Wenn eine entsprechende Positionierung der Bundesregierung nicht zu erreichen ist, sollte ggf. ein außerordentlicher Bundesparteitag die Frage der Sanktionen, aber auch Konsequenzen für die Arbeit der Koalition besprechen.

Weitere Begründung erfolgt bei Bedarf mündlich im FDP-Bundesvorstand.

Ich/wir unterstütze(n) das Mitgliederbegehren „SWIFT-Aussetzung“:

Name, Vorname	Kreisverband	Landesverband	Unterschrift

Bitte unterschreiben Sie dieses Dokument, wenn Sie das Mitgliederbegehren unterstützen wollen und senden Sie es unterschrieben als Scan oder Foto an info@fdp.de mit politik@lassebecker.de in Kopie (um die Übersicht über die geleisteten Unterschriften zu behalten).